

AKTIONSWOCHEN GEGEN ANTISEMITISMUS

**Aktionswochen
gegen
Antisemitismus
in Dessau-Roßlau
////////////////////
2005 - 2008**





Aktionswochen gegen Antisemitismus



**Veranstaltungen in Dessau-Roßlau
2005 bis 2008**

Dokumentation und Resümee

////// Inhalt ////

Editorial.....	5
Interview mit Anetta Kahane.....	7
Antisemitismus und Judenfeindschaft. Gideon Botsch bei den Aktionswochen 2005.....	11
Dokumentation: Aufruf des „Dessauer Bündnisses zum Antikriegstag“ am 1.9.2006 und Pressemitteilung des Alternativen Jugendzentrums.....	13
Das Verhältnis der extremen Rechten zu islamistischen Gruppen. Jan Riebe bei den Aktionswochen 2007.....	15
Zeitzeugengespräch: der Holocaustüberlebende Max Mannheimer bei den Aktionswochen 2005.....	20
1968, die RAF und die Neue Linke. Jan Gerber bei den Aktionswochen 2008.....	24
Das Netz der Blutsauger: Über Michael Endes ‚Momo‘ und die Reproduktion des Antisemitismus. Peter Siemionek bei den Aktionswochen 2008.....	26
Antisemitismus in Dessau - Schlaglichter zum lokalen Diskurs 1967-1982. Steffen Andersch bei den Aktionswochen 2008.....	28
unvollständige Chronik antisemitischer Straftaten und Delikte in der Region Anhalt (2004-2007).....	30

////// Editorial //////////

In der Nacht zum 24. Februar 2008 wurde am Tor des israelitischen Friedhofs in Dessau-Roßlau ein Teil einer Kranzschleife angebracht, auf der ein Hakenkreuz aufgetragen wurde. Am 16. März 2008 kam es in Wittenberg zu einer gefährlichen Körperverletzung mit einem antisemitischen Hintergrund. Das 33jährige Opfer wurde von den Tätern zunächst beschimpft, danach zog einer der Angreifer ein Messer und verletzte den Geschädigten am Ohr. Im Juli 2008 erhielt die jüdische Gemeinde in Dessau einen antisemitischen Schmähbrief, und es sollte in diesem Jahr nicht der letzte bleiben. In dem anonym zugesandten Schreiben heißt es wörtlich: „Deutschland Erwache! Der Jude siegt mit der Lüge und stirbt mit der Wahrheit! Der Verjudung konsequent entgegenzutreten!“

Diese unvollständige Chronik aus der Region Anhalt zeigt, dass der Antisemitismus anno 2008 in Deutschland - und auch hier vor Ort - nicht mausetot ist, sondern fröhliche Urstände feiert. Die Liste antisemitischer Straf- und Gewalttaten reißt nicht ab, und die meisten Beleidigungen werden gar nicht öffentlich bekannt, sind nicht Sache der Justiz, auch wenn sie das gesellschaftliche Klima prägen.

Antisemitismus, gerade in seinen aktuellen Erscheinungsformen, ist dabei nicht immer rechtsextrem konnotiert. Vielmehr wurde und wird er oftmals auch von Bewegungen reproduziert, die sich selbst politisch links verorten oder als alternativ begreifen. Vormoderne Ausprägungen der Juden-

feindlichkeit existieren ebenso weiter, wie sich moderne transformieren.

Unabhängig vom Entwicklungsstand einer Gesellschaft und ihrer sozialen Konstitution ist dieses Phänomen nahezu allgegenwärtig. Der Antisemitismus der westeuropäischen Gesellschaften, speziell der deutschen und mithin der regionalen, ist durch diese Faktoren bestimmt. Erkennbar ist zudem, dass offene Bekenntnisse zu antisemitischen Stereotypen und Feindbildern in öffentlichen Debatten zunehmen.

Nach 1945 glaubten viele, die antijüdischen Traditionen Europas seien ein für allemal beerdigt. Doch das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Im Zeichen von Globalisierung, Einwanderung und der Suche nach festen, unverrückbaren Identitäten, ob in Europa oder der islamischen Welt, erleben populäre Bilder des Jüdischen und wilde Verschwörungstheorien eine überraschende Renaissance, auch und gerade dort wo keine Juden leben. Anlass dafür scheint immer wieder der Konflikt um Israel und Palästina zu sein. Doch vielleicht ist es umgekehrt: Negative wie positive Phantasien über „die Juden“ laden den Konflikt im Nahen Osten auf, als ginge es dort um nicht mehr und nicht weniger als um das Schicksal der Welt. Antisemitismus in Gänze zu erklären und zu verstehen ist kaum möglich, haftet ihm doch etwas Wahnhaftes an. Antisemiten projizieren ihren Hass auf die Moderne, die westliche Kultur und die Werte der bürgerlichen Aufklärung auf die Juden. Kurz, in den Augen der Antisemiten sind es die Juden, die am gesamten „Übel der Welt“ Schuld sind und somit das absolut Böse verkörpern. Dieser Realitätsverlust ist Ausdruck eines in sich geschlossenen Weltbildes, das sich

oftmals in einem krankhaften Verschwörungswahn niederschlägt.

Dieser antisemitischen Gegenaufklärung, wird sie nun von links, aus der bürgerlichen Mitte, von der extremen Rechten oder von Seiten des politischen Islam betrieben, gilt es eine Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagne entgegenzusetzen.

Genau diesem kritischen Gedanken der Aufklärung fühlten und fühlen sich die Akteure, Vereine und Initiativen verpflichtet, die in Dessau-Roßlau in den letzten fünf Jahren die Aktionswochen gegen Antisemitismus auf den Weg gebracht haben.

Die vorliegende Publikation möchte deshalb einige Aktivitäten, Veranstaltungen und Debatten dokumentieren, um damit nicht zuletzt dieses Engagement für Aufklärung und Information transparent zu würdigen. Es soll aber auch selbstkritisch analysiert werden, wo die Grenzen solcher Interventionen zu suchen sind.

Die Redaktion



///// Interview /////

Anetta Kahane (Jhg. 1954) ist Vorsitzende der in Berlin ansässigen Amadeu Antonio Stiftung. Die Stiftung hat seit ihrer Gründung 1998 zahlreiche Kampagnen, Aktionen und Projekte gegen Rechtsextremismus initiiert, umgesetzt und gefördert. Darüber hinaus unterstützt sie in Ostdeutschland zivilgesellschaftliche Initiativen und Strukturen, um damit die demokratische Alltagskultur zu stärken. Seit einigen Jahren befasst sich die Stiftung zudem intensiv mit der Auseinandersetzung um aktuelle und historische Erscheinungsformen des Antisemitismus.

Redaktion:

Sie haben im Jahr 2004 zusammen mit einigen Partnern die Aktionswochen gegen Antisemitismus ins Leben gerufen. Nun sollte man meinen, dass vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vergangenheit dieses Landes und dem deutschen Projekt der Judenvernichtung die Ächtung jeglicher Formen des Antisemitismus zu einem unwiderrprochenen Allgemeinplatz im öffentlichen Bewusstsein gehören sollte. Warum also diese Kampagne?

Anetta Kahane:

Wir haben vor 5 Jahren festgestellt, dass es nur eine unzureichende Beschäftigung gerade mit aktuellen Ausprägungsformen des Antisemitismus gab. Zu dieser Zeit war die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit längst nicht so ausgeprägt wie heute. Daraus hat die Stiftung einen notwendigen Bedarf abgeleitet, mit einer koordinierten Aktion Impulse für eine intensivere Auseinandersetzung zu geben. Anfänglich haben dieses Konzept eine handvoll Initiativen und Träger, die den Bezug zur praktischen Bildungsarbeit

mitbrachten, tatkräftig unterstützt. So ist schließlich die Idee entstanden mit den bundesweiten Aktionswochen gegen Antisemitismus auch einen neuen Rahmen zu schaffen, der eine strukturierte und vernetzte Diskussion zulässt.

Die Aktionswochen beschäftigen sich von Anfang an auch mit Ausprägungsformen der Judenfeindlichkeit, die explizit nicht nur in der rechtsextremen Szene reproduziert werden. Vielmehr stand auch immer die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus von links und entsprechenden Stereotypen aus der Mitte der Gesellschaft im Fokus. Welche Reaktionen und Debatten hat diese inhaltliche Orientierung ausgelöst?

Es gab im Wesentlichen zwei große Stränge von Reaktionen. Zum einen, ob Israelkritik antisemitisch ist - ja oder nein - und unter welchen Bedingungen. Das hat sehr lange gedauert und viele harte Diskussionen herausgefordert um klar zu machen, dass es eine antisemitische Israelkritik gibt, die dann eigentlich keine Israelkritik mehr ist, sondern eine Projektion darauf, dass die Juden besser zu sein haben als alle anderen

Menschen. Diese Auseinandersetzungen waren nicht immer lustig und sie waren zum Teil auch sehr anstrengend. Das ist eine Debatte von der ich glaube, dass sie erfolgreich geführt wurde. Das heißt, jeder weiß es gibt so etwas, auch wenn man die Meinung nicht teilt. In zahlreichen Gesprächen treffe ich nun Menschen, mit denen man offen darüber sprechen kann. Das war vor einigen Jahren überhaupt noch nicht so. Da hat man ein Wort über Israel gesagt und schon kam der Hass. Das hat sich tatsächlich ein wenig geändert.

Das zweite Thema war immer, ob man per Dekret, also per Beschluss, ein guter Mensch sein kann, ganz nach dem Motto: Ich bin links, also bin ich auch kein Antisemit. Die Debatte um eine solche Inanspruchnahme aus einer ideologischen Position heraus, die läuft gerade und wird auch im Rahmen der Aktionswochen sehr hart geführt. In ihr wird um die Frage gekämpft: War die DDR antisemitisch? Das betrifft nicht nur die Leute die in der DDR gelebt haben und für sich in Anspruch genommen haben, gegen den Faschismus gewesen zu sein. Es geht auch darum, ob es in der europäischen Linken insgesamt ein Verständnis von Antifaschismus gegeben hat, dass eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Israelfeindlichkeit in den eigenen Reihen nicht zugelassen hat: Wir sind die Guten und deshalb dürfen wir alles!

In diesem Jahr haben sich insgesamt 400 Aktionen bundesweit an der Kampagne beteiligt. Ist mit dieser an sich erfreulichen quantitativen Erweiterung nicht letztlich auch eine gewisse Beliebigkeit verbunden? Besteht womöglich die Gefahr, dass einzelne Veranstaltungen ins

Programm rutschen, die eher Teil des Problems als Teil der Lösung sind?

Diese Gefahr besteht zweifellos immer. Wir sind aber bemüht, schon im Vorfeld der Aktionswochen mit den Initiativen und Akteuren ins Gespräch zu kommen, um solche altbackenen Formate möglichst auszuschließen. Dazu stehen wir mit unseren regionalen Partnern, mit denen wir seit Jahren eng zusammen arbeiten, in einem intensiven Austausch.

Die Aktionswochen haben in den letzten Jahren eine nicht zu vernachlässigende Wirkungsmächtigkeit entfaltet und zahlreiche umstrittene Debatten aufgegriffen und verstärkt. Man denke da beispielsweise an den kritikwürdigen und handzahmen Umgang Deutschlands mit dem antisemitischen Mullah-Regime im Iran, dass ja bekanntlich Israel von der Landkarte tilgen will. Wir würdigen Ihr Bemühen angesichts solcher polarisierenden Diskurse abseits von wohlfeinen Lippenbekenntnissen tatsächlich von den politischen Verantwortungsträgern und anderen gesellschaftlich relevanten Kräften unterstützt?

Die Aktionswochen werden von staatlicher Seite nicht gefördert. Es gibt allerdings staatsnahe Institutionen und Einrichtungen, die sich beteiligen, den Verbund suchen und einen fachlichen Austausch wünschen. Die Debatte um den Iran ist noch einmal etwas anderes. Nicht alle Leute die an den Aktionswochen teilnehmen, haben da die

gleiche scharfe Position, insbesondere was das iranische Rüstungsprogramm und den Umgang damit anbelangt. Auch hier gibt es verschiedene Ansätze und Prioritätensetzungen: Muss man sich erst mit dem Antisemitismus auseinandersetzen und danach mit dem Iran? Das ist etwas, was zurzeit sehr heftig diskutiert wird und ich hoffe, dass es irgendwann in einem positiven Sinne in den Mainstream-Diskurs überführt wird. Das ist wichtig, weil hier Bezüge zum Islamismus und dem Antisemitismus in Migrationsgesellschaften eine Rolle spielen. Aber auch hier habe ich ein bisschen Sorge. Nicht was den Iran anbelangt, da ist völlig klar, dass ein Regime, das Israel zerstören will, keine Atomwaffen besitzen sollte. Die kontroverse Debatte, ob der Islam womöglich grundsätzlich antisemitisch ist, wird für meinen Geschmack mit zu viel Geifer diskutiert. Vor allem von denen, die sich klar gegen Antisemitismus positionieren. Da gibt es ein segregierendes Interesse, das manchmal ein paar Umdrehungen zuviel hat.

Zahlreiche Studien belegen, dass nach wie vor bis zu 25 % der Deutschen eine Präferenz zu latent antisemitischen Denk- und Einstellungsmustern nachzuweisen ist. Über zwei Drittel der Befragten sind zudem der Meinung, dass Israel oder wahlweise die Juden zu viel Macht in der Welt besitzen. Hier scheint es ja zumindest problematisch zu sein, die Leute dort abzuholen wo sie derzeit stehen. Wie kann angesichts dieser doch eher ernüchternden Bestandsaufnahme zukünftig eine wirksame Strategie zur Be-

kämpfung des Antisemitismus aussehen? Welche Sensibilisierungs- und Aufklärungsprozesse konnten Sie mit den Aktionswochen bisher in Gang setzen? Neben den Erfolgen Ihres Engagements, interessieren uns abschließend die Grenzen einer solchen Initiative. Was kann eine solche Aktion leisten und was nicht?

Die Aktionswochen können eigentlich nur wieder und wieder versuchen, im Mainstream eine möglichst breit getragene Sensibilisierung auszulösen und zu verfestigen. Es geht darum, die wahrhaft menschenfeindliche Motivation von Antisemiten schonungslos zu demaskieren. Das funktioniert natürlich nur, wenn man die Leute mit ihrem Selbstbild konfrontiert und sie damit befähigt, über die eigenen Stereotypen und Vorurteilen zu reflektieren. Eigentlich möchte ja niemand Antisemit sein. Menschen sind oftmals erschrocken wenn sie plötzlich feststellen, dass sie es doch sind. An der Stelle kann man mit Bildung, mit Aufklärung und öffentlichen Diskurs eine Menge erreichen. Über diese Ebene hinaus ist es notwendig, dass eine Gesellschaft insgesamt nicht den Eindruck vermittelt, sie würde antisemitische Tendenzen und Bewegungen verharmlosen, dulden oder herunterspielen. Es ist immer ein Unterschied, ob die Ächtung des Antisemitismus als gesellschaftspolitisches Ziel formuliert ist, oder nicht. In Deutschland ist das im Gegensatz zu anderen Ländern sehr klar. Die Zivilgesellschaft hat nun die Aufgabe, diese Auseinandersetzung in die einzelnen Regionen zu tragen. Das können die Aktionswochen leisten und engagierte Initiativen und Vereine vor Ort ganz praktisch unterstützen. Ob man den Antisemitismus überhaupt bekämp-

fen kann und inwieweit, da streiten sich die Experten. Ich denke, Antisemitismus auszurotten geht gar nicht. Man muss mit einem gewissen Prozentsatz von Antisemiten immer leben. Das ist so ein moderner Mythos und der ist so praktisch, der kann gar nicht einfach so aus der Welt geschafft werden, eben weil er so beliebt ist. Man muss dafür Sorge tragen, dass der Antisemitismus heute sich nicht auswächst, vor allem nicht zum Schaden anderer Leute. Wir wissen ja alle nicht, was die Leute zu Hause über Juden sagen, wenn sie überhaupt über Juden reden. Im Grunde ist mir das auch egal. Hauptsache, sie sagen es nicht in der Öffentlichkeit, leben es auf andere Weise aus und töten keine Juden. Wenn ich aber der Meinung wäre, mit Aufklärung und Bildung erreicht man gar nichts, könnte ich den Job nicht machen.

Das Gespräch führte Steffen Andersch



//// Antisemitismus und Judenfeindschaft ////

Vortrag von Gideon Botsch während der Aktionswochen 2005

Der Berliner Politikwissenschaftler Gideon Botsch gab im Rahmen der Aktionswochen 2005 in seinem Vortrag „Antisemitismus und Judenfeindschaft - jüngere Entwicklungen und aktuelle Gefahren“ einen kurzen Abriss über die historischen und aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus. Dabei vergaß er zu Beginn nicht zu erwähnen, wo er den Vortrag hielt. „Moses Mendelssohn, der wichtigste jüdische Philosoph der Moderne“, so Botsch, komme schließlich aus der Stadt. Der Referent belegte an Beispielen die traurige Aktualität, die dem Kampf gegen Antisemitismus zu kommen müsse. Alleine im Oktober 2005 hätte es Dutzende antisemitische Schmierereien in Berlin gegeben. So wurde u. a. ein Mahnmal im Stadtteil Treptow mit Davidsternen besprüht. Für den 9. November 2005 prognostizierte Gideon Botsch weitere antisemitische Straftaten: „Für Berlin halte ich da jede Wette.“

Die christliche Judenfeindlichkeit hätte sich in Pogromen immer in zeitlicher Nähe zu hohen jüdischen Feiertagen entladen. Auch die von NS-Propagandaminister Goebbels angezettelten Kuhdammkrawalle in Berlin, fanden so rund um einen jüdischen Feiertag statt. Aus Botschs Sicht hätten deshalb die Aktionswochen bereits im Oktober statt-

finden sollen, weil da immer die meisten antisemitischen Straftaten zu verzeichnen wären. Den nicht zuletzt durch die Äußerungen des iranischen Präsidenten in den Fokus der Öffentlichkeit gerückten Al-Quds-Tag, bei dem jährlich in Berlin Islamisten demonstrieren und das Existenzrecht Israels leugnen, bezeichnete Botsch als „zweifelloso judenfeindlich“.

Mit dem Brechtimperativ: „Mögen andere über ihre Schande sprechen, ich spreche über meine“, verdeutlichte der Politikwissenschaftler sein Anliegen, über den Antisemitismus der Deutschen zu sprechen. Für Botsch sind Antisemitismus und Judenfeindlichkeit durchaus nicht identisch, viel mehr sei der Antisemitismus eine Spielart der Judenfeindlichkeit. Der moderne Antisemitismus richte sich gegen die Juden als Minderheit und hatte im 20. Jahrhundert eine Integrationsfunktion. Die Deutschen haben so den Juden für ihr vermeintliches Elend die Schuld gegeben. Und gemeinsame Feinde können, auch wenn sie nur herbeihalluziniert sind, bekanntlich für Einheit sorgen. Die traditionelle Judenfeindlichkeit sei erst religiös und später sozioökonomisch motiviert gewesen. Es ging darum, eine konkurrierende Religion zu eliminieren. Gerade bei der Stabilisierung des Christentums hätte diese Funktion eine große Rolle gespielt. Noch heute sei die Situation in der Bundesrepublik durch eine erschreckende Unwissenheit

über die jüdische Kultur geprägt. Das verwunderte kaum, denn mit der Vernichtung der europäischen Juden in den deutschen Vernichtungslagern wurden auch die Rabbinerseminare zerschlagen.

Ungefähr 10% der deutschen Bevölkerung haben so heute ein geschlossenes antisemitisches Weltbild und immerhin 30% diffuse antisemitische Ressentiments. Im Ranking der Abneigung liegen in der Bundesrepublik nur noch die Sinti und Roma vor den Juden, gegen die 70% der Deutschen erhebliche Vorurteile hätten. Von den Schmuddelnazis bis zu der sich intellektuell gebenden „Neuen Rechten“, so Botsch weiter, würde der Antisemitismus nach wie vor für die Ideologie der extremen Rechten eine zentrale Rolle spielen. Auch wenn diese Inhalte oft codiert sind, gibt es auch Gewalttaten gegen Juden oder solche Menschen, die dafür gehalten werden und infame Erscheinungen wie Friedhofsschändungen. „Dieser Straßenantisemitismus ist nach wie vor lebendig“, so der Politikwissenschaftler.



**Mehr Informationen zu der
Veranstaltung finden sich unter:
www.projektgegenpart.org**

//// Dokumentation ////

Am 1. September 2006 rief ein „Dessauer Bündnis zum Antikriegstag“ zu einer Kundgebung auf dem Dessauer Marktplatz auf. In seinem Aufruf thematisierte das Bündnis vor allem den Nahostkonflikt. Nicht nur unter dem Eindruck der anstehenden Aktionswochen verurteilte das Alternative Jugendzentrum Dessau (AJZ) die Kundgebung.

Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Aufruf und der Pressemitteilung des AJZ.

Aus dem Aufruf des „Dessauer Bündnisses zum Antikriegstag“:

„ - Hände weg vom Libanon und Palästina! Kein Einsatz deutscher Truppen in den Nahen Osten! (...) - Für Frieden und internationale Völkerfreundschaft! (...) Am 25. Juni 2006 begann die israelische Armee einen Aggressionskrieg gegen das palästinensische und libanesische Volk. (...) Diese Aggression Israels läuft unter Regie und ganz im Stile von Bushs "New War". Das Ziel, mit einem Blitzkrieg den Widerstand auszuschalten, ist gescheitert. Der Widerstand gegen diese Aggression hat im Nahen Osten und weltweit einen Aufschwung genommen. (...) Zur Zeit wird jeder berechtigte Widerstand in den Medien mit dem Bannstrahl des Antisemitismus belegt. Die Kritik am aggressiven Kurs der israelischen Regierung hat mit Antisemitismus aber nichts zu tun. Der Antisemitismus ist eine rassistische Ideologie, die wir deutlich verurteilen.

Das UN-Diktat eines „Waffenstillstands“ mit „robustem“ Einsatz von UN-Blauhelmen aus den größten Industrieländern ist Teil des Konkurrenzkampfes um die Vorherrschaft im

strategisch wichtigen Nahen Osten. Das provoziert dort neue kriegerische Auseinandersetzungen mit unabsehbaren Folgen für den Weltfrieden. Dem muss Einhalt geboten werden! (...) Wir fordern von der Bundesregierung: (...) Sofortiger Stopp der militärischen Handlungen, Rückzug aller ausländischen Truppen aus dem Libanon und Palästina und dem ganzen Nahen Osten! Für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen und libanesischen Volkes! Für Frieden und internationale Völkerfreundschaft! Solidarität mit dem Widerstand des palästinensischen und libanesischen Volkes, sowie mit dem wachsenden Widerstand innerhalb der israelischen Bevölkerung! (...)“

aus der Pressemitteilung des AJZ:

„ - Geplante Antikriegskundgebung am 01. September in Dessau bedient antiisraelische und antisemitische Klischees.

- Alternatives Jugendzentrum Dessau verurteilt Aktion scharf und ruft alle Demokraten auf, sich daran nicht zu beteiligen.

Für den 01. September ruft das „Dessauer Bündnis zum Antikriegstag“ zu einer Kundgebung

zur Friedensglocke im Zentrum der Stadt auf. Der undifferenzierte Aufruf ist nicht nur gespickt mit offensichtlichen Lügen, Halbwahrheiten und propagandistischen Auslassungen, sondern bedient zu dem antiisraelische und antisemitische Klischees. So heißt es wahrheitswidrig darin: „Am 25. Juni 2006 begann die israelische Armee einen Aggressionskrieg gegen das palästinensische und libanesische Volk. (...)“. Kein halbwegs objektiver Beobachter wird bestreiten, dass die Aggression im aktuellen Konflikt von der terroristischen Hisbollah und ihren Unterstützern im Iran und Syrien ausging. Obwohl sich Israel einseitig aus dem Libanon zurückzog, hörten die Raketenangriffe auf den Norden des Landes nie auf und waren und sind eine ständige Bedrohung für die Zivilbevölkerung. Die libanesische Regierung war nicht in der Lage und trotz einer entsprechenden UN-Resolution nicht willens, dies zu stoppen. (...) Das Ziel, mit einem Blitzkrieg den Widerstand auszuschalten, ist gescheitert. Der Widerstand gegen diese Aggression hat im Nahen Osten und weltweit einen Aufschwung genommen. (...)“, heißt es an anderer Stelle im Text. Ganz im Stile eines NS-vergleichenden Antisemitismus projizieren die Organisatoren hier den von den Nationalsozialisten geprägten Begriff „Blitzkrieg“ auf militärische Aktionen der israelischen Armee und damit auf den Staat der Holocaustüberlebenden. (...) Obwohl sich die Veranstalter vom Antisemitismus distanzieren, leisten sie mit ihrer Argumentationskette der wohl populärsten Weltverschwörungstheorie Vorschub. Gerade mit ihrem israelbezogenen Antisemitismus, der Israel und damit den Juden wieder einmal vorwirft, an ihrer Misere und dem Antisemitismus selbst Schuld zu sein, wird dies offensichtlich. (...) Wer das „Selbstbestimmungsrecht des pa-

lästinensischen und libanesischen Volkes“ propagiert und das Existenzrecht Israels, mithin der einzigen Demokratie im Nahen Osten, mit keiner Silbe erwähnt, ist damit in unsäglichster Gesellschaft. Genau mit den ideologischen Versatzstücken, die den Aufruf kennzeichnen, mobilisieren Rechtsextremisten und Neonazis seit Wochen zu antisemitischen Aktionen. „Diese Aktion ist eine Steilvorlage für Rechtsextremisten und Neonazis und diskreditiert den humanistischen Gedanken des Weltfriedenstag“, so Steffen Andersch, der Leiter der Netzwerkestelle gegen Rechtsextremismus in Dessau. (...)

Mehr Informationen finden sich unter:www.projektgegenpart.org

///// Das Verhältnis der extremen Rechten zu islamistischen Gruppen /////

Vortrag von Jan Riebe während der Aktionswochen 2006

Dass deutsche Neonazis und die NPD ihre Liebe zum Iran und anderen staats-antisemitischen Regimen und islamistischen Gruppen entdeckt haben, verwundert kaum. Was sie eint - und hin und wieder kampagnenartig zusammenarbeiten lässt - ist ihr krankhafter Hass auf die Juden und den Staat Israel.

Jan Riebe aus Göttingen, der zum Thema „Im Spannungsfeld von Rassismus und Antisemitismus: Das Verhältnis der deutschen extremen Rechten zu islamistischen Gruppen“ vor einiger Zeit seine Diplomarbeit geschrieben hat, weiß worüber er redet. Der Experte hielt am 6. Dezember 2006 seinen gleichnamigen Vortrag im Alternativen Jugendzentrum Dessau, eine Veranstaltung die im Rahmen der Aktionswochen gegen Antisemitismus stattfand.

Die gefährliche Allianz von Rechtsextremisten, Neonazis und islamistischen Gruppen ist eine, die von einem ambivalenten Verhältnis geprägt und von Brüchen und Widersprüchen gekennzeichnet ist. Einerseits gibt es die politische Zusammenarbeit, andererseits würde der Rassismus der Rechten, der eine Überfremdungsangst konstruiert, die auch den Islam mit einschließt, einer kontinuierlichen Kooperati-

on noch Grenzen setzen. So gab es die Pro-Iran-Kampagne der NPD und neonazistischer Kameradschaften im Zuge der Fußballweltmeisterschaften. Auch die vom iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad initiierte Holocaust-Konferenz wurde von deutschen Rechtsextremisten, so weit ihnen nicht der Reisepass abgenommen wurde, besucht. Der NPD-Bundesvorstand war von den iranischen Gastgebern explizit eingeladen worden.

Die rassistische „Gute Heimreise“-Kampagne der NPD vor den letzten Bundestagswahlen, die ganz klar unter einem ethnopluralistischen Vorzeichen das Feindbild Islam bedient, sei vordergründig allerdings nicht sonderlich geeignet, ideologische Gemeinsamkeiten wie den Antisemitismus und den Hass auf den Westen respektive die Moderne, tatsächlich in eine stabile Kooperation münden zu lassen.

„Wir können uns dem Thema nicht nähern, ohne auf die Geschichte zu schauen“, so Jan Riebe zur politischen Liaison der Nationalsozialisten mit dem Islamismus. Die Schlüsselfigur für diese war der Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini, der dieses Amt von 1921-1974 ausübte. Amin el-Husseini, der von 1941-1945 in Berlin residierte, machte nie einen Hehl aus seiner offenen Sympathie für Nazis. Mehr noch, er unterstützte diese politisch, ideologisch und militärisch und

bekam im Gegenzug Schützenhilfe für seine antisemitische Gewaltregime im Nahen Osten. Das erklärte Ziel des politischen und religiösen Führers des palästinensischen Nationalismus bestand darin, eine weitere jüdische Einwanderung in das britisch kontrollierte Mandatsgebiet zu verhindern. Dazu war ihm jedes Mittel recht. Amin el-Husseini, der aus Angst vor einer Festnahme durch die Briten in den Libanon emigrierte und später in den Irak flüchtete, traf sich schon lange vor seiner Übersiedlung nach Berlin mit führenden NS-Größen. So unterhielt er sich u.a. mit Adolf Eichmann, dem späteren Organisator der Judenvernichtung und wohnte einem Übungsschießen der SS bei. Laut Simon Wiesental, besuchte der Mufti zusammen mit Eichmann das deutsche Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, um sich von der Effizienz des Massenmordes zu überzeugen. Auch mit Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des SD, verband ihn ein kollegiales Verhältnis. Später traf er sich mehrmals mit Heinrich Himmler. Vor allem Himmler verband eine diffuse Liebe zum Islam, bezeichnet er ihn doch „als Religion, die eines Soldaten würdig ist“. Himmler, so führte Jan Riebe weiter aus, habe die Muslime zu den „in Europa rassistisch wertvollen Völkern“ erklärt. Nicht zuletzt wegen gemeinsamen Feindbildern: Dem Bolschewismus, dem „internationalen Judentum“ und dem Katholizismus.

Der Mufti von Jerusalem leitete und koordinierte maßgeblich den Terror gegen jüdische Einwohner Palästinas, der später zynisch als „palästinensischer Volksaufstand“ oder „Guerilla-Krieg“ bezeichnet werden sollte. Die Nationalsozialisten unterstützten diese antisemitische Gewaltwelle durch Waffenlieferungen. Ende 1941 konferierte Amin el-Husseini in Berlin mit Hitler, um über die

totale Vernichtung der Juden zu sprechen. Seine Hauptsorge galt der Gefahr, Juden könnten der Shoa entkommen: 4.000 jüdische Kinder, die freikommen sollten, schickte man auf seine Veranlassung in den Tod. Der Mufti überwachte auch die Gründung der muslimischen Bosniaken SS-Division und baute ein antisemitisches Propaganda- und Spionagenetz auf. Über sechs Radiostationen, den so genannten „Freedom Stations“, blies er im nahen Osten zum Kampf gegen die Alliierten und rief dazu auf, „alle Juden zu töten“. Insbesondere nach der Neugründung des „Islamischen Zentralinstituts“ am 18. Dezember 1942 in Berlin, intensivierte sich die Zusammenarbeit mit dem NS-Regime nochmals. Das Institut bildete arabische Agenten aus, die für Deutschland und gegen die Alliierten tätig waren. „In England und den USA herrschen die Juden“, so der Mufti damals.

Mit der wohl wichtigsten Gruppierung des politischen Islamismus, der 1928 in Ägypten gegründeten „Muslimbruderschaft“, verband Amin el-Husseini ebenfalls eine innige Beziehung. Das Terrornetzwerk Al Kaida wurde von dieser Vereinigung inspiriert und versteht sich als Teil der „Muslimbruderschaft“. Die Bezüge zur aktuellen Weltlage, sind also mehr als offensichtlich. Die Muslimbrüder waren es, die sich maßgeblich für ein Aufenthaltsrecht des Muftis, der in Europa von den Alliierten nur halbherzig als Kriegsverbrecher verfolgt wurde, in Ägypten einsetzten. 1947 hatten sie Amin el-Husseini zum offiziellen Führer der Muslimbrüder in Palästina gekürt.

Der Mufti blieb bis zu seinem Tod 1974 von der Nazi-Variante des Antizionismus

besseren. Er stand als Pate und Finanzier hinter der 1959 gegründeten Fatah und setzte 1968 Jassir Arafat inoffiziell als seinen Nachfolger ein: „Amin el-Husseini hatte den Eindruck, dass Arafat der richtige Führer für die palästinensische Nation war. Er fand, er sei fähig, die Verantwortung zu tragen.“

„Bald nach dem 2. Weltkrieg traf er die alte Bande wieder“, beschreibt Jan Riebe den nach 1945 nicht abgebrochenen Kontakt des Muftis zu NS-Tätern. Mehr als 1000 Nazis ist es gelungen, in arabische Länder zu flüchten. Dort bauten sie als Experten u.a. die arabischen Armeen mit auf, die wenig später den jungen Staat Israel überfielen. „Die Anwesenheit dieser Nazis hat zur Festigung des Antisemitismus in den arabischen Ländern beigetragen“, resümiert der Referent aus Göttingen. Das sei eine der Ursachen, warum der Revisionismus und die damit verbundene Leugnung des Holocaust in der arabischen Welt so weit verbreitet sind.

Rechtsextremisten aus Deutschland und Europa bemühten sich insbesondere in den letzten 20 Jahren intensiver darum, konkrete Politikangebote an Islamisten im Nahen Osten und deren hier aktiven Stellvertreter zu machen.

So war es der 1992 nach Spanien geflohene österreichische Neonazi Gerd Honsik, der 1986 die Richtung für eine Zusammenarbeit vorgab. In seinem „Aufruf an die arabische Welt“ hieß es programmatisch: "Die Entlarvung der Judenvergasung als dem größten Propagandaschwindel der Weltgeschichte [...] wäre heute für zwei Nationen von ungeheurer Wichtigkeit! Für das deutsche Volk, um aus der Versklavung zu erwachen, und für die arabische Welt, um

Israels Aggressionskraft dort zu erschüttern, wo diese Kraft tatsächlich entspringt. Nämlich in der Sympathie und dem Mitleid, die das verführte amerikanische Volk seinen zionistischen Beherrschern entgegenbringt."

Honsik bat die "arabische Welt, uns mit Geld zu unterstützen, damit wir der amerikanischen Propagandalüge von der 'Judenvergasung' ein Ende bereiten können". Außerdem wäre es für arabische Nationalisten „nun an der Zeit, erstmals seit Kriegsende auch den Kontakt zu deutschen und österreichischen Rechtsextremisten aufzunehmen“. Bezeichnenderweise wurde dieser Aufruf von der kuwaitischen Zeitung /Al-Balagh/ veröffentlicht. Auch Horst Mahler ist der Meinung, „das uns Ahmadinedschad sehr geholfen hat“.

Im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg und der israelischen Militäraktion gegen die terroristische Hizbollah im Libanon, meldeten rechtsextreme Kameradschaften und die NPD zahlreiche Demonstrationen und Mahnwachen an. Diese pro-islamischen Manifestationen waren - neben dem Antisemitismus als Hauptmotivation - meist eingebettet in eine simplifizierte und gleichzeitig antisemitisch tradierte Kritik an der Globalisierung und in einem offen zur Schau getragenen Anti-Amerikanismus. Oftmals beteiligten sich an diesen Veranstaltungen neben Friedensbewegten auch islamistische Gruppen. Letztere riefen in Einzelfällen gar separat zur Teilnahme auf.

Dass die Solidarität von Rechts sich auf alle Ebenen des „palästinensischen Befreiungskampf“ bezieht, belegt die Unterstützungskampagne für den deutschen Islamisten Steven Smyrek durch die rechtsextreme „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene“ (HNG). Smyrek war 1997 in Israel unter dem Verdacht, ein Selbstmordattentat im Auftrag der islamisti-

schen Terrorgruppe „Hizbollah“ verüben zu wollen, verhaftet worden. In den Worten der HNG heißt das dann, ihm würde vorgeworfen, „sich als Deutscher am Befreiungskampf des palästinensischen Volkes beteiligt zu haben“. Smyrek ist damals von der deutschen Regierung unter Vermittlung des damaligen Außenministers Joschka Fischer freigekauft worden. Fischer hat ausgehandelt, dass Smyrek und hunderte Hizbollahkämpfer aus israelischen Gefängnissen kamen - im Gegenzug wurden zwei Leichen von israelischen Soldaten von der Hizbollah an Israel übergeben.

Als ein Grundsatzpapier der rechtsextremen Kameradschaften zur Bewertung einer möglichen Kooperation mit Islamisten, kann eine Rede mit dem Titel „Ist der Feind meiner Feinde mein Freund“ gelten, die drei Tage vor Beginn des Irakkrieges auf dem Neonaziportal „Freier Widerstand“ publiziert wurde. Jan Riebe hat sie als Hörbeispiel dabei.

Dort heißt es u.a.: „(...) so muss man sich fragen, ob z.B. radikale Islamisten von vornherein abzulehnen sind, ohne sich großartig mit ihnen bzw. mit ihren Forderungen beschäftigt zu haben. Und genau das machen leider viele. Wenn man bedenkt, daß in Syrien nach dem Koran "Mein Kampf" das meistverkaufte Buch ist, daß in syrischen Schulbüchern eine gewisse Lüge entlarvt wird, dann frage ich mich wirklich, ob diese Leute nicht gute Partner für uns sind. Die "Protokolle der Weisen von Zion" verbreiten sich in der arabischen Welt momentan wie ein Feuer. NS- Literatur und reversionistische Schriften sind in fast jeder arabischen Buchhandlung zu finden. Doch so sieht es in der arabischen Welt aus. (...)" Weiter wird von den Neonazis analysiert: „(...) Außenpolitisch ist der Islam ein Bündnispartner eines freien Deutschlands. Im Irak-Krieg werden

wohl die meisten arabischen Staaten kuschen, da sie ökonomisch von den USA abhängig sind. In der normalen Bevölkerung, besonders in der streng islamischen Bevölkerung, ist jedoch der Unwille, den "großen Bruder" und seinen Kulturimperialismus unwidersprochen hinzunehmen stark verbreitet. Zahlreiche Anti- US- Demonstrationen zeigen das. Sie zeigen, dass unter den Arabern ein hitziges, militantes Gewaltdenken grassiert. Durch einen Irak- Krieg können terroristische Aktivitäten auf die USA freigesetzt werden. Wenn der "Moloch" verschwinden soll, bzw. den USA klarge-macht werden soll, dass sie sich ihrer isolationistischen Strömung hingeben sollen, dann sind islamistische Fundamentalisten, die besten Bündnispartner, die sich ein freies Europa vorstellen kann. (...)"

Der Kameradschaftsaktivist kommt schließlich zum Resümee: „Abschließend ist noch zu erwähnen, dass sich Nationalisten solidarisch mit den in Deutschland lebenden Arabern zeigen sollten und weiter den Kontakt zu unseren arabischen Brüdern im Kampfe suchen sollten, um die NS- Revolution und den Jihad voranzutreiben.“

Jan Riebe fasst zusammen. Auch wenn von einer flächendeckenden und nachhaltigen Kooperation zwischen der deutschen extremen Rechten und dem Islamismus noch keine Rede sein kann, könnte eine Verharmlosung dieser zweifellos vorhandenen Tendenz katastrophale Folgen haben. Da die ideologischen Schnittmengen beider demokratiefeindlichen politischen Strömungen, insbesondere das geschlossene und wahnhaft antisemitische Weltbild und der Hass auf den Westen, sich in Zukunft wohl

eher verstärken und damit annähern werden,
muss hier genau hin geschaut und vor allem
die Öffentlichkeit sensibilisiert werden.

*Jan Riebe: Im Spannungsfeld zwischen
Rassismus und Antisemitismus - Das
Verhältnis der deutschen extremen Rechten
zu islamistischen Gruppen, 139 Seiten,
Diplomica-Verlag 2003*

**Mehr Informationen zu der
Veranstaltung finden sich unter:
www.projektgegenpart.org**

//// Zeitzugengespräch ////

Anlässlich der Eröffnung der Aktionswochen 2006 fand ein Zeitzugengespräch mit dem Holocaustüberlebenden Max Mannheimer statt. Bereits 2005 hatte er Dessau besucht und folgende Veranstaltung beigesteuert.

Ein recht unkonventionelles Zeitzugengespräch mit dem Holocaustüberlebenden Max Mannheimer erlebten die 50 Zuhörer am 10. Oktober 2005 in der Anhaltischen Landesbücherei Dessau. Max Mannheimer fesselte mit seiner Mischung aus biographischen Fakten, zeitgeschichtlichen Hintergründen und Betrachtungen des aktuellen Rechtsextremismus in der BRD zweifellos den Saal. Die Veranstaltung fand im Rahmen der Reihe „Zeugnis ablegen bis zum letzten Tag...“ statt, die das Alternative Jugendzentrum Dessau (AJZ) im Oktober und November 2005 organisierte und in der bisher vier jüdische Überlebende des Holocaust in Dessau zu Gast waren.

Jana Müller (AJZ) verwies einleitend darauf, dass Max Mannheimer, der seit vielen Jahren Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau ist, zum ersten Mal das Bundesland Sachsen-Anhalt besucht und Zeitzugengespräche hier führt. Neben den Spuren jüdischen Lebens in Dessau, hatte der Maler Max Mannheimer (Künstlername: ben jacob) am Vormittag mit großer Begeisterung das Bauhaus besucht.

Max Mannheimer wurde am 29. September 1920 in Neutitschein (Tschechoslowakei) geboren. Sein Vater arbeitete als Großhandelskaufmann. „Politisch war er immer sehr naiv“, fasste Max Mannheimer seine Eindrücke über den Vater zusammen. Bis zum 07. November 1938 empfand der damals 18jährige die Lage als ziemlich ruhig. Am 10. Oktober 1938, besetzten

Deutsche Truppen, nach dem das Münchner Abkommen ausgehandelt wurde, genau diesen Teil der Tschechoslowakei. Das Attentat auf den deutschen Gesandten von Rath in Paris, instrumentalisierten die Nationalsozialisten dann für den Beginn der längst geplanten öffentlichen Verfolgung der Juden. In der Reichspogromnacht am 09. November steckte der nationalsozialistische Mob Synagogen in Brand und schändete und zerstörte jüdische Einrichtungen und Geschäfte. Die Synagoge in Max Mannheimers Herkunftsort, konnte nicht ohne Gefahr für die Antisemiten angesteckt werden. In unmittelbare Nähe befand sich ein großes Gaslager. Die Nazis hielt dies trotzdem nicht davon ab, die Torarollen zu schänden.

Einen Tag nach diesen Ereignissen tauchten Schutzpolizisten in der Wohnung der Mannheimers auf und nahmen den Vater in „Schutzhaft“. Er kam zunächst wenig später wieder frei. Max Mannheimer selbst entging an diesem Tag noch der Verhaftung, da die Mutter sein tatsächliches Alter herabsetzte. Trotzdem trafen die Familie die antijüdischen Maßnahmen hart. Sie mussten ihr Geschäft auflösen und hatten noch das Glück, einen großen Teil des Hausrates mitnehmen zu dürfen. Im Januar 1939 siedelten sie nach Ungarisch-Brod um.

Am 15. März 1939 besetzten deutsche Truppen den Rest Böhmen und Mährens. Die

Slowakei wurde ein NS-freundlicher Satellitenstaat. Am 01. September 1941 erging auch in Böhmen und Mähren der Befehl zum Tragen des Judensterns. Noch immer sichtlich ergriffen, hielt Max Mannheimer ein gelbes Stück Stoff hoch.

Max Mannheimer hat, wie viele Holocaust-überlebende, jahrzehntelang nicht über seinen Leidensweg sprechen können. 1985 bekam er die Anfrage, über seine Biographie in den „Dachauer Heften“ zu publizieren. „Dieses Jahr änderte mein Leben total.“, blickte der Zeitzeuge zurück. Dabei legt er viel Wert darauf, seine Rolle in diesem Prozess klar zu umreißen: „Nicht als Ankläger oder Richter, sondern als Zeuge der Zeit.“.

Für die am 20. Januar 1942 in Berlin abgehaltene Wannseekonferenz fand Max Mannheimer eine treffende Bezeichnung: „Es gab nur einen Punkt, die Endlösung der Judenfrage.“.

Ende 1940 lernte Max Eva Bock kennen, die sich zu dieser Zeit gerade auf die Auswanderung nach Palästina vorbereitete und ein Hachscharah, ein Praktikum auf einem landwirtschaftlichen Gut, absolvierte. Im September 1942 heiratete Max Eva Bock. Am 27. Januar 1943 mussten sich die Juden im Ghetto Ungarisch-Brod zur Deportation einfinden. Am späten Nachmittag bestiegen Max und seine Frau einen Zug, der sie nach Theresienstadt brachte. Im Verlauf dieses Transportes erhält Max das erste Mal in seinem Leben eine Nummer: CP 510. Als er aus seinem publizierten Tagebuch über die Deportation las, sagte er zum anwesenden Publikum: „Mögen sie solche Geschichten nur als Zeitzeugengespräch hören und nie erleben.“. Ende 1943 kommt Max Mannheimer

fast 23jährig in Theresienstadt an. Mit ihm trafen dort seine Geschwister, die Mutter, die Schwägerin und der Vater ein. Sein Aufenthalt dort dauerte nicht lange. Mit einem Personenzug ging es zum „Arbeitseinsatz in den Osten“. Er bekam erneut eine Transportnummer um den Hals gehängt: CU 290.

In der Nacht vom 01. zum 02. Februar 1943 trifft Max Mannheimer auf der Todesrampe in Auschwitz-Birkenau ein. An die Bilder der Selektion, an die Trennung von Frauen, Männern, Kindern, Alten und Kranken, kann sich Max Mannheimer noch heute erinnern. Seine Brüder und er wurden nach links geschickt. Arbeitsfähig! Sein Vater kam nach rechts. Seine Mutter, seine Frau, die Schwägerin und die Schwester sah er im Gedränge nicht mehr. Schließlich wurde er zu einer Baracke geführt. Kein Name mehr, nur noch die Nummer 99728. Als Max zum ersten Mal hört, was mit den Menschen, die nach rechts geschickt wurden, passiert: „Die gehen alle durch den Kamin“, kann er es nicht glauben. Den Verlust aller persönlichen Sachen, das Schneiden und Rasieren sämtlicher Haare und die Ohnmacht gegenüber der Brutalität, die Max Mannheimer und seine Brüder in den ersten Stunden in Auschwitz durchliefen, war unbeschreiblich. Schließlich wurden sie auf die blanken Pritschen in einer Pferdebaracke getrieben. An Schlaf war nicht zu denken. „Wir zitterten nicht nur der Kälte wegen, sondern auch aus Angst“, erinnerte sich Max Mannheimer noch genau an die Situation. Wenige Stunden später hieß es Antreten vor dem Block. Max schilderte diese Eindrücke mit Zitaten aus seiner Veröffentlichung „Spätes Tagebuch“: „Wir frieren. Es ist noch dunkel. Der Boden ist schlammig. Links von uns ist der Stacheldraht. Elektrisch geladen. Totenkopf. Darunter: „Lebensgefahr“. Ich bin verzweifelt. Schaufeln

werden wir bekommen. Das eigene Grab schaufeln. Das sind meine Gedanken. Ich spreche sie aus. Mein kleiner Bruder tröstet mich. Ich sollte ihm eine Stütze sein. Elektrisch geladener Stacheldraht. Nur berühren – aus. Tut nicht weh. Mein kleiner Bruder fragt: Willst du mich alleine lassen?“. Geschämt habe er sich, so Max Mannheimer und nie wieder einen Gedanken an Selbstmord gehabt. Nach sechs Wochen im Quarantänelager von Auschwitz-Birkenau erfolgte die Verlegung ins Stammlager. Er arbeitete im Kommando „Kanalisation“. Den alltäglichen Terror, der unvermittelt zum Tod führen konnte, erlebte auch Max Mannheimer hautnah. Er hörte einmal, dass ein Kapo in einem Geräteschuppen einen Häftling mit einem Schaufelstiel erschlug. Auch Max wurde in den Geräteschuppen zitiert, hatte aber Glück. „Wenn man in Todesangst lebt, geht einen das Zeitgefühl verloren“, sprach er über diese unmenschliche Willkür. Sein jüngerer Bruder Edgar sollte sich einmal zu einem chirurgischen Experiment melden; wie er später erfuhr war eine Sterilisation vorgesehen. Ein Mithäftling konnte dieses Verbrechen jedoch in letzter Minute verhindern. Der andere Bruder Ernst erkrankte schwer. Einige Zeit gelang es noch, ihn vor der Selektion für die Gaskammer zu bewahren. Am 07. März 1943 wurde Ernst in Auschwitz ermordet. Als sein Bruder Edgar im Oktober 1943 auf Transport gehen sollte gelang es Max einen SS-Mann zu überreden, dass er mitkonnte. Nach der Niederschlagung des Aufstandes im Warschauer Ghetto wurden dort Abbruchkommandos benötigt. In Warschau arbeitete Max im Kommando Wäscherei. Als sich die Rote Armee näherte, wurden die Häftlinge im Sommer 1944 auf den Todesmarsch nach Rutno getrieben. Von dort ging es, in Güterwagen gezwängt, weiter.

Am 06. August 1944 erreichten sie das Konzentrationslager Dachau. Drei Wochen Quarantäne, später ins Außenlager Mühldorf. Dort erkrankte Max an Flecktyphus. Als das Lager Mühldorf am 28. April 1945 geräumt wurde, konnte er nur noch mit Unterstützung seines Bruders Edgar in den Güterwagen gelangen. Noch in den letzten Stunden vor der Befreiung am 30. April 1945 verloren Häftlinge bei Fliegerangriffen, denen sie schutzlos ausgesetzt waren, ihr Leben. Max Mannheimers „Spätes Tagebuch“ endet mit den Worten: „Wir sind wieder Menschen. Wir können in ein Krankenhaus gehen, ohne Angst zu haben. Wir sind frei.“. Max Mannheimer wog noch ganze 37 Kilo und hatte die Eltern, zwei Brüder, die Schwester und seine Frau verloren. Außer ihm hatte lediglich sein Bruder Edgar überlebt.

Mehrmals betonte Max Mannheimer während seines Berichtes, dass er „kein Held“ gewesen sei. Ohne Angst stellt er sich seit vielen Jahren Neonazis und Holocaustleugnern entgegen. Am 04. Mai 1992 sollte der britische Holocaustleugner David Irving auf einer Pressekonferenz sprechen. Dort traf er auf den damaligen Neonazikader Althans und sprach ihn an. Später besuchte er Althans im Gefängnis. Ein Angebot Rosa von Braunheims, zusammen mit Althans in einem Film aufzutreten, lehnte er aber ab, um ihm keine öffentliche Plattform zu bieten. 1994 diskutierte Max Mannheimer in einem TV-Gespräch mit dem aus der Neonaziszene ausgestiegenen Ingo Haselbach. Schließlich zeigte er den damaligen NPD- Chef Günther Deckert an, nach dem dieser ihm einen den Holocaust leugnenden Brief geschrieben hatte. Zum Prozess, in dem Max Mannheimer

aussagte, kamen 80 Neonazis. Deckert wurde damals zu 3 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Im Thüringischen Rudolstadt fand ein Zeitzeugengespräch mit ihm erstmals unter Polizeischutz statt, nachdem Neonazis gedroht hatten, die Veranstaltung anzugreifen. In Dresden diskutierte er mit Neonazis. „Ein Rezept, die Nazis zu bekämpfen, ist die Demokratie zu stärken“, sagte Max Mannheimer und kritisierte zugleich die aus seiner Sicht zu milden Urteile gegen Rechtsextremisten.

Mit einem Satz, dem wohl nichts hinzu zu fügen ist, endete Max Mannheimer am 10. Oktober 2005: „Die Erinnerung an Auschwitz darf nie verschwinden, sie soll immer Mahnung sein.“



Max Mannheimer auf dem israelitischen Friedhof in Dessau

**Mehr Informationen zu der
Veranstaltung finden sich unter:
www.projektgegenpart.org**

//// 1968, die RAF und die Neue Linke ////

Veranstaltung mit Jan Gerber während der Aktionswochen 2008

„Wer über das Verhältnis der radikalen deutschen Linken zu Israel spricht, referiert damit notgedrungen auch über linken Antisemitismus. Der Grund: Antisemitismus von links äußert sich seit der Gründung Israels vor allem im Zusammenhang mit dem jüdischen Staat, in Kommentaren zur israelischen Politik und in der Auseinandersetzung mit dem Zionismus.“ (Jan Gerber: Deutsche Selbstfindung. Israel und die radikale deutsche Linke – ein einführender Überblick)

Anlässlich des 40. Jubiläums von „1968“ kann jeder Unsinn über die Protestbewegung verbreitet werden: Die Achtundsechziger seien naive Romantiker mit einer „gefährlichen Blindheit“ gegenüber dem Totalitarismus, auf der Suche nach Spiritualität oder einfach nur anmaßend gewesen. Nur eins darf man im Jubiläumsjahr, in dem selbst die Bundeszentrale für politische Bildung erklärt, dass die Republik in Folge von „1968“ demokratisiert wurde, nicht sagen: „1968“ war ein nationalrevolutionärer Aufbruch in der Tradition von „1933“. Wer es, wie Götz Aly in seinem Buch „Unser Kampf“, dennoch tut, zieht nicht nur den Zorn derjenigen auf sich, die „dabei“ waren: der Veteranen und Apo-Opas, die inzwischen in den Redaktionen der großen Tageszeitungen, in Ministerien oder auf Biohöfen in der Toskana untergekommen sind. Er stellt zugleich seine berufliche Reputation aufs Spiel.

Für Vergleiche zwischen den Dreiunddreißigern und Vertretern der Neuen Linken ist ein anderes Jubiläum zuständig: das des „Deutschen Herbstes“ 1977. Auch wenn im Wissenschaftsbetrieb gelegentlich lieblos darauf hingewiesen

wird, dass die Geschichte des „bewaffneten Kampfes“ zur Geschichte der Neuen Linken gehört, wird sie im öffentlichen Verständnis inzwischen regelmäßig davon abgekoppelt. Tatsächlich schlug es allerdings nirgends so sehr „68“ wie bei der RAF – im guten wie im schlechten Sinn. Warum sich die Geschichte des „bewaffneten Kampfes“ nicht von der Geschichte der Neuen Linken abspalten lässt, warum die RAF der bessere SDS war, am Ende aber doch nur ein militantes Heimatschutzkommando herauskam, das Deutschland von Amerikanern, Juden und Bonzen „befreien“ wollte, und warum Götz Aly Abhandlung über die Wiederkehr der Dreiunddreißiger in den Achtundsechzigern trotz aller richtigen Erkenntnisse kein gutes Buch ist – das alles erläuterte Jan Gerber.

„Kaum einem Staat wurden und werden von Seiten der radikalen deutschen Linken solche Aggressionen entgegengebracht, wie Israel. Diese Hassgefühle stehen nicht im Zusammenhang mit der konkreten Politik der verschiedenen israelischen Regierungen. Der jüdische Staat wird vielmehr angefeindet, weil sich in ihm die Erinnerung an die deutschen Verbrechen am deutlichsten manifestiert. Israel steht dem – auch in weiten Teilen der Linken ersehnten – offenen und lautstarken Bekenntnis zu Deutschland, „Heimat“ oder dem „deutschen Volk“ allein aufgrund seiner Existenz im Wege. Zwar lässt sich nicht leugnen, dass die israelfeindlichen Aggressionen innerhalb der radikalen deutschen Linken zumeist in Folge „nahost-

politischer“ Ereignisse reaktiviert oder gesteigert wurden. Allein die Divergenz zwischen dem tatsächlichen Anlass des jeweiligen Ausbruchs – dem Einmarsch der israelischen Truppen in die Autonomiegebiete, verstärkten Repressionsmaßnahmen gegen Palästinenser usw. – und dessen Bewertung innerhalb der deutschen Linken – Vergleich mit der Politik des Nationalsozialismus und dem Holocaust – verdeutlicht jedoch: Die zentrale Beziehung zwischen den Ereignissen in und um Israel und den darauf folgenden Reaktionen innerhalb der radikalen deutschen Linken lässt sich nicht in ein einfaches Ursache-Wirkung- bzw. Aktion-Reaktion-Schema einordnen. Sondern: Die Ereignisse im Nahen Osten dienen lediglich als Stimulans für den Ausbruch ohnehin vorhandener Ressentiments.

Zwar haben diese Ressentiments ihre über Jahrzehnte hinweg gültige Funktion als verbindendes Element einer ansonsten gespaltenen Linken seit 1989/90 verloren – die antideutsche bzw. pro-israelische Linke ist bekanntlich nicht mehr so marginal wie noch zu Beginn der 90er Jahre. Im Rückblick scheint die antideutsche Agitation gegen Volk, Staat und Nation jedoch vor allem eines geleistet zu haben: einen, wenn auch unfreiwilligen Beitrag zur Transformation des Antizionismus. So erfreuen sich die völkischen Argumentationsmuster der Palästina-Komitees der 70er und 80er Jahre seit einigen Jahren zwar wieder erstaunlicher Beliebtheit innerhalb der radikalen deutschen Linken. Insbesondere im autonomen, postautonomen und Antifa-Spektrum wird das Existenzrecht des jüdischen Staates jedoch immer häufiger unter Verweis auf den allgemeinen Zwangscharakter von Staaten abgelehnt. (...) Wenn insofern auch eine Ausdifferenzierung und eine partielle Transformation der antizionistischen Argu-

mentation stattgefunden hat, haben sich die Ausdrucksformen und die Hintergründe des linken Hasses auf Israel nicht verändert: Wollen die traditionellen Antizionisten ihre Liebe zu den Völkern in erster Linie durch die Vernichtung Israels zum Ausdruck bringen, versuchen die „antinationalen“ Gegner Israels ihre vermeintliche Staatsfeindschaft vorrangig in der Forderung nach der Zerstörung des jüdischen Staates und der Verbrennung israelischer Nationalflaggen auszuleben. „Die Deutschen“, so verwies Henryk M. Broder bereits 1986 auf das übergreifende Motiv dieser Vernichtungswünsche, „werden den Juden Auschwitz nie verzeihen.“ (Gerber: ebd.)

Jan Gerber hat gemeinsam mit Joachim Bruhn das Buch „Rote Armee Fiktion“ (Freiburg: ça ira Verlag) herausgegeben und schreibt u.a. für „Bahamas“, „Phase 2“ und „Jungle World“.

Das vollständige Referat sowie weitere Texte zum Thema finden sich hier:
www.salon-bolschewique.de

////// Das Netz der Blutsauger: Über Michael Endes ‚Momo‘ und die Reproduktion des Antisemitismus ////

Veranstaltung mit Peter Siemionek während der Aktionswochen 2008

„Michael Ende, du hast mein Leben zerstört“, sang die Band „Tocotronic“ vor mehr als zehn Jahren. Der Song richtete sich vor allem gegen friedensbewegte und ökologisch gesinnte Lehrer, die in den 1980er Jahren ihren Schülern pausenlos mit dem Preisen der Romane des Kinderbuchautors in den Ohren lagen. Heute jedoch muss deren Lektüre Schülern nicht mehr durch Empfehlungen wollpullitragender Pädagogen nahe gebracht werden. Es sind tatsächlich die „Eltern aller Schichten“, die ihren Kindern die Bücher des Schriftstellers nicht nur ans Herz, sondern auch auf den weihnachtlichen Gabentisch legen.

Endes größter Erfolg wurde der Roman „Momo“, der bei Deutschlehrern besonders hoch im Kurs steht und seit 35 Jahren eines der beliebtesten deutschen Jugendbücher ist. Wie kein anderes Buch wird „Momo“ seit seinem Erscheinen mit der Sehnsucht nach einem besseren Leben, der Utopie von einer freien Welt und vor allem mit der lebensnahen Darstellung von Phantasie, Kreativität und Sinnlichkeit in Verbindung gebracht.

Dass solche Qualifizierungen einer Textkritik des Romans keineswegs standhalten, erläuterte Peter Siemionek im Rahmen einer Veranstaltung zu den Aktionswochen 2008. In Hinblick auf „Momo“ referierte er, sei vor allem vom Antisemitismus zu sprechen, der im Buch ganz

ohne Juden auskommt und doch alle ideologischen Bestandteile des modernen Judenhasses reproduziert. Wahrscheinlich ist hierin der Grund zu suchen, warum „Momo“ als hochideologisches Traktat den Deutschen generationenübergreifend so unentbehrlich geworden ist.

„Ende ist von dem Wunsch nach einer harmonischen, widerspruchsfreien und konfliktfreien Gemeinschaft umgetrieben, die den Einzelnen unter ihre wärmenden Fittiche nimmt und ihn vor den Zumutungen der bösen Welt zu schützen hat, und da Gemeinschaft ohne Führer nicht zu haben ist, fällt Momo diese Aufgabe zu. Sie ist die Verkörperung von Sinnstiftung, die Erkenntnis und Selbstreflexion von vornherein abwehrt. Ihre Funktion besteht darin, ein sich zeitgleich mit ihrer Ankunft in einem Wohnbezirk der Stadt wundersam konstituierendes Kollektiv zusammenzuhalten. Das gelingt durch ihr »übernatürliches« Talent: das Zuhören. Durch ihre bloße Anwesenheit lösen sich Streitereien in nichts auf und der Frieden kehrt in die Gemeinschaft zurück. Droht einer einmal an seiner eigenen Ohnmacht zu verzweifeln, sorgt Momo dafür, dass diese schmerzhaft aufblitzende Erkenntnis sofort einer die Harmonie wieder herstellenden Lüge weicht. Ihr gelingt es,

den Abweichler ins Kollektiv zu reintegrieren, denn sie stiftet neue Hoffnung und spendet Kraft zum Durchhalten.(...)

Die Gemeinschaftsvorstellung in Michael Ende's Roman steht im krassen Gegensatz zu jenen Kinderbanden, die in der Kinder- und Jugendliteratur so häufig anzutreffen sind. Erscheint dort die kindliche Gemeinschaft oftmals als Notwendigkeit, sich gegen die triste und langweilige, mitunter auch bedrohliche Welt der Erwachsenen zu behaupten, ist dieser Widerspruch bei Ende schlichtweg nicht existent. Vielmehr zeichnet er eine kleine Welt, in der es Kinder, die das Bedürfnis haben, sich von Erwachsenen abzugrenzen, gar nicht erst gibt. Ein Generationskonflikt wird somit im Buch gar nicht erst möglich. »Mit den Eltern aller Schichten/ willst du uns vernichten«, sang Tocotronic und hat damit recht gut erkannt, dass es bei intergenerativen Pädagogikveranstaltungen gleich welcher Art um die Auslöschung von Kindheit durch die brutalste mögliche pädagogische Zurichtung ganz kleiner Menschen zu alters- und geschichtslosen Mitgliedern einer freudlosen Gesellschaft geht, der »Degeneration einer Generation« und eines ganzen Lebensabschnitts eben. (...)

Den Einfluss der grauen Herren – der die naturwüchsige Gemeinschaft im alten, eher dörflichen Stadtviertel zerstört, ihre Mitglieder anstiftet, ihrem Herkunftsort den Rücken zuzukehren und sie, vereinzelt und auf sich gestellt, in die große, ständig wachsende Metropole hinausschleudert – kann sich Ende dann auch nur als groß angelegte Verschwörung vorstellen. Die grauen Herren verstanden es, sich »auf unheimliche Weise (...) unauffällig zu

machen«, »im Geheimen (zu) arbeiten« und so ihrem »Geschäft nach(zu)gehen«, auf das sie sich so gut verstanden, »wie Bluteigel sich auf Blut verstehen«. Sie sitzen im Verborgenen und weben die Fäden, in denen die Menschen sich wie Fliegen zappelnd verfangen: »Das Netz, das sie über die große Stadt gewebt hatten, war (...) dicht und – wie es schien – unzerreißbar.« Ende ist zwar einfallslos, aber in der Beschreibung und Charakterisierung des Typus des geldgierigen Geschäftemachers äußerst beredt. Neben der mehrfachen Verwendung des Verbs »raffen«, rundet Ende die Beschreibung der grauen Herren mit folgender Darstellung ab: »Sie trugen runde steife Hüte auf den Köpfen und rauchten kleine aschenfarbene Zigarren.« (Peter Siemionek: Phantasie und Vernichtung. »Momo« und die autoritäre Sehnsucht des Michael Ende)

Peter Siemionek lebt in Halle. Er ist dem Diskussionskreis „Materialien zur Aufklärung und Kritik“ assoziiert und hat zuletzt einen Artikel über „Momo“ in der Zeitschrift „Bahamas“ veröffentlicht.

Das vollständige Referat sowie weitere Texte zum Thema finden sich hier:
www.salon-bolschewique.de

////// Antisemitismus in Dessau. Schlaglichter zum lokalen Diskurs 1967-1982 ////

Veranstaltung mit Steffen Andersch während der Aktionswochen 2008

Bereits vor der Gründung der DDR stand das jüdische Verlangen nach einem eigenen Staatswesen in Palästina in einem eindeutig konträren Verhältnis zur bisherigen antizionistischen Einstellung und Praxis der kommunistischen Bewegung. Antikapitalistische Argumenta-

Obwohl die Gründung des Staates Israels von der SED anfänglich, analog den Vorgaben aus Moskau, begrüßt wurde, schlug diese Zustimmung schnell in einen aggressiv vorgetragenen Antizionismus um, der immer offener antisemitisch argumentierte.



Karikatur der „Freiheit“ vom 13.7.1982
(Quelle: Stadtarchiv Dessau)

tionen der frühen SED verbänden meist unwidersprochen eine Gleichsetzung von Juden und Kapitalisten und der Entgegensetzung von jüdischen Kapitalisten und Arbeiterklasse.

Besonders kam die antisemitische DDR-Propaganda bei der Bewertung israelischer Militäraktionen in den Nahostkriegen zum Vorschein. Das war beim Sechstagekrieg 1967 in Ansätzen so, steigerte sich beim Jom-Kippur-Krieg (1973), um schließlich in einer offen antisemitischen Kampagne rund um den Libanon-Krieg (1982) zu münden. Diese Entwicklung ist auch für Dessau nachweisbar.

Während und nach dem Jom-Kippur-Krieg dominierte der antisemitische Antizionismus Erklärungen und Interpretationen der staatsoffiziellen Debatte und mehr noch, reihenweise wurde die Politik und Militärstrategie Israel mit den Nationalsozialisten verglichen oder gleichgesetzt. So veröffentlichte die „Freiheit“ am

11. Oktober 1973 einen Artikel unter der Überschrift „Die Verbrechen Israels erinnern an die Nazis“.

Im Zusammenhang mit dem Libanonkrieg 1982 und den folgenden Konflikten im selben

Jahr diente der Ausdruck „Zionismus“ nur noch als Staffage, um offenen Antisemitismus begrifflich zu kaschieren. In fast jedem Artikel wurde die Terminologie der nationalsozialistischen Propaganda zur Beschreibung Israels benutzt. Dabei wurde fast die komplette Klaviatur der NS-Sprache verwendet. Die Mit-

teldeutschen Neuesten Nachrichten titelten am 11. Juni 1982: „Israel führt totalen Krieg“, um am 30. Juni 1982 mit der Schlagzeile „Massakern des Faschismus ähnlich“ nachzulegen.

Selbst Vergleiche zum nationalsozialistischen Vernichtungslager Auschwitz wurden nicht ausgespart. In dem „Freiheit“-Kommentar vom 19. Juni 1982 „Damit aus Beirut kein Auschwitz wird“, sprach der Redakteur von „zionistischen Terrorbanden nach dem

Muster von Lidice“.

Die „Freiheit“ vom 23. September 1982 stellte unter der Überschrift „Blutbad gleicht den Verbrechen der Faschisten im Warschauer Ghetto“ einen unmittelbaren Bezugs- und



Schlagzeilen der „Freiheit“, dem Organ der SED-Bezirksleitung Halle

Vergleichsrahmen zu Verbrechen des Nationalsozialismus her und sprach von einem „kaltblütig organisierten Massenmord“.

Steffen Andersch leitet das Dessauer Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus (Projekt gegenPart).

Mehr Informationen zu der Veranstaltung finden sich unter: www.projektgegenpart.org

//// unvollständige Chronik antisemitischer Straftaten und Delikte in der Region Anhalt (2004-2007) ////

Dessau, März 2004

In einem Dessauer Restaurant reklamiert ein ältere Gast aus Österreich, der während der Zeit des Nationalsozialismus im Jugendkonzentrationslager Moringen inhaftiert war, beim zuständigen Mitarbeiter die Qualität seines Essens. Darauf hin reagiert der Kellner und äußert anspielend auf die Herkunft des Gastes: „In Österreich gibt es doch nur Juden und Kommunisten!“.

Bitterfeld, 13. Februar 2005

In dem Anzeigenblatt "Bitterfelder Spatz" erscheint ein Kommentar, der ausländerfeindliche Stereotype bedient, homophobe Einstellungen verstärkt und antisemitische Sequenzen enthält. Darin heißt u. a.: „(...)Unsere Politik wird teilweise vom Zentralrat der Juden mitbestimmt. (...)Wen kann es da noch wundern, wenn die NPD stark im Kommen ist? (...)“

Gröbzig (Landkreis Köthen), 17. August 2005

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtete, griffen jugendliche Rechtsextremisten ein internationales Sommercamp im Museum der Synagoge Gröbzig an. Die Teilnehmer des Camps wurden beleidigt und mit Flaschen beworfen. Ein Theaterstück im Camp, fand nach diesem Angriff unter Polizeischutz statt.

Dessau, 01. November 2005

Zwei MitarbeiterInnen des Alternativen Jugendzentrums stellten in Anwesenheit der Holocaustüberlebenden Doris Grozdanovicova an der Eingangstafel zum israelitischen Friedhof in der Leipziger Strasse ein offenbar mit einem spitzen Gegenstand eingeritztes Hakenkreuz fest. Wie lange die Tafel bereits diese Schändungsspuren aufwies, ist nicht bekannt. Die Jüdische Gemeinde Dessau erstattete Strafanzeige.

Dessau, 06. November 2005

In den Abendstunden schändeten unbekannte Täter den Informations- und Mahnpunkt Zyklon B auf der Dessauer Brauereibrücke. Das Mahnmal, das am 27. Januar 2005 eröffnet wurde, informiert über die Zyklon B Produktion in Dessau.

Bitterfeld, 04. März 2006

Anfang des Monats kam es in der Stadt zu einer ganzen Serie von fremdenfeindlich und antisemitisch motivierten Sachbeschädigungen. Im Bereich der Kreuzung "Stadt Wien" besprühten mutmaßliche Neonazis ein Gebäude mit dem Wort "Ihr" und daran anschließend eine Applikation, die einen Davidstern symbolisieren soll.

Dessau, 01. September 2006

Für den 01. September mobilisierte das „Dessauer Bündnis zum Antikriegstag“ zu einer Kundgebung im Stadtzentrum. In dem Kundgebungsaufruf bedienten die Organisatoren antisraelische und antisemitische Klischees. Darin setzten sie u.a. israelische Militäraktionen mit dem Vernichtungskrieg der Deutschen Wehrmacht gleich und protegierten so einen NS-vergleichenden Antisemitismus. Das Alternative Jugendzentrum der Stadt verurteilte den Aufruf scharf und rief dazu auf, der Aktion fernzubleiben.

Zerbst, 25. Oktober 2006

Wie die in Zerbst erscheinende Tageszeitung „Volkstimme“ berichtete, hatte eine Frau die Polizei verständigt, weil sie sich in ihrem Haus von ruhestörendem Lärm belästigt fühlte. Als die herbeigerufenen Beamten die alkoholisierte

Wohnungsinhaberin, die für den Lärm verantwortlich zeichnete, zur Rede stellen wollte, beschimpfte diese ihre Nachbarin laut Polizeibericht mit den Worten "Juden-Fotze" und "Nazareth-Fotze" und schrie zudem: "Alle Juden sollen vermodern."

Zerbst, 03. April 2007

Am Rande einer Wahlkampfveranstaltung wurde ein SPD-Kommunalpolitiker von einem Passanten mit den Worten: "Verpiss dich, Judenschwein!" beleidigt, berichtete die Volkstimme. Der SPD-Mann machte den Vorfall kurz darauf öffentlich und erstatte Strafanzeige.

Dessau, 20. April 2007

Vermutlich in der Nacht vom 19. auf den 20. April, haben bislang unbekannte Täter den Informations- und Mahnpunkt Zyklon B auf der Dessauer Brauereibrücke erneut geschändet. Insgesamt 7 der stilisierten Dosen des Mahnmals, auf denen Textinformationen eingraviert sind, wurden mit schwarzer Farbe besprüht. Bereits im November 2005, nur einige Monate nach seiner Einweihung, war der Infopunkt bereits zum Ziel einer Farbattacke geworden.

Dessau, 13. Mai 2007

Mutmaßliche Neonazis beschmierten mehrere Gebäude und Mahnmale in Dessau mit Hakenkreuzen und SS-Runen. Dabei wurde auch die Gedenk-Stele, die an die Deportation der Dessauer Juden und die Zerstörung der Synagoge erinnert, geschändet. Das Mahnmal wurde mit einem 30 mal 30 Zentimeter großen Hakenkreuz besprüht und der Text auf dem Gedenkstein durchgestrichen. Alle Anschläge wurden indes mit einer türkisblauen Farbe verübt. Das lässt vermuten, dass die Delikte von der selben Tätergruppe verübt worden sind.

Dessau-Roßlau, 07. Januar 2008

Am Rande einer Gedenkemonstration, die an den Feuertod Oury Jalloh in einer Dessauer Polizeizelle erinnerte, stellten interessierte Beobachter ein Transparent fest, dass den bislang ungeklärten Tod des Asylbewerbers mit den singulären Verbrechen im deutschen Nationalsozialismus gleichsetzte. Das inkriminierte Spruchband, wurde indes auch schon auf vorheriger Gedenkveranstaltung mitgeführt.

Dessau-Roßlau/Köthen (Landkreis Anhalt-Bitterfeld), 24. Februar 2008

In der Nacht zum 24. Februar 2008 schändeten bisher unbekannte Täter den Jüdischen Friedhof in Köthen (Landkreis Anhalt-Bitterfeld) im Fasaneriebusch. Auf Nachfrage bestätigte dies eine Sprecherin der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost. Demnach wurde eine Gedenktafel beschädigt und zudem die antisemitische Parole „Wir pissen auf Dein Judengrab“ auf eine Mauer aufgesprüht.

Am gleichen Tag wurde am Tor des israelitischen Friedhofs in Dessau-Roßlau ein Teil einer Kranzschleife angebracht, auf der ein Hakenkreuz aufgetragen wurde. Zuvor entwendeten die Täter die Schleife von einer Gedenk-Stele, die an die Zerstörung der Synagoge und die Deportation der Dessauer Juden in die deutschen Vernichtungslager erinnert.

Wittenberg, 16. März 2008

In Wittenberg kam es zu einer gefährlichen Körperverletzungen mit einem antisemitischen Hintergrund,

Wahlkampffrenner NPD-Verbot?

Fortsetzung von Seite 1

So kommt es zu den kuriosesten Schuldzuweisungen. Kaum ein Politiker scheint zu begreifen, warum die Rechtsradikalen immer mehr an Boden gewinnen. Der Spatz hilft ihnen auf die Sprünge:

Die Regierung hat den Bezug zu den Bürgern verloren, die Justiz erst recht.

Scheinvaterschaften werden gestattet, Asylbetrüger werden höchst selten abgeschoben und bei Rechtsanwälten und Ärzten besser behandelt als normale deutsche Arbeiter und Angestellte, bestechliche Bundesligaschiedsrichter werden zu „Kernener“ (gegen Honorar) eingeladen, Vergewaltigern und Kinderschändern werden Psychologen zur Seite gestellt, aus den Opfern werden Täter gemacht. Schwule und Lesben in Politik werden hochgejubelt, wie zum Beispiel der Berliner Bürgermeister, wel-

cher mehr auf Parties denn an seinem Arbeitsplatz anzureffen ist. Unsere Politik wird teilweise vom Zentralrat der Juden mitbestimmt. Und inzwischen wissen wir, daß etliche Abgeordnete nicht die Interessen des Volkes vertreten, sondern die Interessen von Firmen, die ihnen dafür Zusatzgehälter zahlen.

Wen kann es da noch wundern, wenn die NPD stark im Kommen ist?

Unsere Politiker rund um die völlig überforderte Justizministerin Brigitte Zypries jaulen herum und beklagen sich, daß unser Gesetz ein NPD-Verbot nicht hergibt. Ihr und ihrer ebenfalls unfähigen Regierungskollegin, Bildungsministerin Edelgard Bulmahn, möchte ich eine Überlieferung von Alexander dem Großen ans Herz legen, die früher, als unsere Kinder in der

Schule noch korrekt lesen und schreiben lernten, im Geschichtsunterricht vermittelt wurde.

Es geht um den gordischen Knoten, ein kunstvoll verschlungenes Strickbündel des Königs Gordios in Phrygien. Da niemand den Knoten öffnen konnte, fackelte Alexander der Große nicht lange und zerschlug ihn mit seinem Schwert, was als gutes Omen für seinen Kampf gegen das persische Weltreich angesehen wurde.

Also, ihr Politiker in Berlin. Falls es eure Zeit erlaubt, außer den vielen Nebentätigkeiten hin und wieder mal sinnvolle Politik zu machen, dann ändert doch einfach das betreffende Gesetz entsprechend. Niemand außer den Rechtsradikalen dürfte etwas dagegen haben.

So einfach ist das!

Kommentar des „Bitterfelder Spatzes“

dies teilte die Polizei mit. Das 33jährige Opfer wurde von den mutmaßlich rechten Tätern zunächst verbal beleidigt. Danach zog einer der Angreifer ein Messer und verletzte den Geschädigten am Ohr. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

Bitterfeld-Wolfen, 29. März 2008

Erneut werden schwere Vorwürfe gegen Polizeibeamte wegen einer mangelhaften Verfolgung rechtsextremer Straftaten erhoben. Das geht aus einer Dienstaufsichtsbeschwerde und einem Gedächtnisprotokoll hervor, die Beratungsprojekten gegen Rechtsextremismus vorliegen. Nach Angaben des Anzeigenerstatters soll sich ein Staatsschutzbeamter zunächst geweigert haben, die strafrechtliche Relevanz und mögliche antisemitische Motivation eines rechtsextremen Sticks anzuerkennen. Der Aufkleber zeigt neben einer Abbildung Adolf Hitlers, auch eine Reichkriegsflagge, ein Hakenkreuz und einen zerstörten Davidstern.

Wittenberg, 23. Mai 2008

In der Lutherstadt hat ein 28jähriger eine Frau mit antisemitischen Parolen beleidigt. Laut Polizei hat der 44jährige Täter trotz eines bestehenden Hausverbotes gegen ihn versucht, sich Zutritt zu einem Einkaufsmarkt zu verschaffen. Als Angestellte dies verhindern wollten, habe er sie beschimpft. Gegen den Mann wird wegen Volksverhetzung und Beleidigung ermittelt.

Dessau-Roßlau, 02. Juli 2008

In der Nacht wurde der jüdische Friedhof der Stadt erneut geschändet. Nach Angaben der jüdischen Gemeinde fand sich auf der Außenmauer des Geländes der Spruch: „Wer Juden unterstützt, ist der Feinde des deutschen Volkes!“ Neben der antisemitischen Parole befand sich zudem ein aufgebrachter Davidstern. Der Vorsitzender der Gemeinde bestätigte zudem, dass der Friedhof bereits vor 14 Tagen mit dem gleichen Satz geschändet worden sei. Die Polizei habe die Straftat aufgenommen, die Öffentlichkeit jedoch nicht darüber informiert. Wegen der gehäuften Attacken fordert die Jüdische Gemeinde von der Stadt und der Polizei seit geraumer Zeit einen verstärkten Schutz für ihre Einrichtungen.

Dessau-Roßlau, 28. Juli 2008

Die jüdische Gemeinde wird mit einem antisemitischen Schmähbrieff bedroht. In dem anonym zugesandten Schreiben heißt es wörtlich: „Deutschland Erwache! Der Jude siegt mit der Lüge und stirbt mit der Wahrheit! Der Verjudung konsequent entgegenzutreten!“ Zudem zielt die Flugschrift das Hoheitszeichen des nationalsozialistischen Terrorregimes, dass neben dem Reichsadler auch das Hakenkreuz zeigt. Der Staatsschutz ermittelt wegen Volksverhetzung.

Quelle: www.projektgegenpart.org



Impressum
Herausgeber: FJM e.V./ Benjamin Uebe
Erscheinungsdatum: Dezember 2008
Auflage: 250

gefördert durch:



LOKALER AKTIONSPLAN
DESSAU/ROSSLAU



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

